

Americans passionately advocated for the right to self-determination. British pragmatism and American idealism were evident in their attitude towards the Baltic States. As P. indicates, unlike Britain, the US publicly refused to recognise the Soviet annexation and granted facilities to the Baltic diplomats to continue their work abroad.

Nevertheless, with Hitler's attack on the USSR in June 1941 and the latter's coalition with the US and Great Britain, the position of the Baltic States was severely weakened. The new war allies had to reach a compromise, albeit a tacit one, on how to handle the Baltic situation. This might have been easier for the prudent British foreign policy leaders, but the US could no longer explicitly denounce the annexation either, even if it was in a clear violation of the Wilsonian principle of self-determination. Therefore, in the words of the author, 'Roosevelt's record of defending the rights of the Baltic States was in the final analysis not significantly more effective than Churchill's' (p. 2).

Given the acquiescence of the great power allies and the silent submission of the Baltic governments, it became inevitable that the Baltics would effectively fall under the Soviet rule. The issue of *de jure* recognition of the loss of the Baltic sovereignty—Moscow's long-term objective—remained unresolved. Hence, the Soviet presence in the Baltics was never legitimised. In other words, the interwar Baltic States never ceased to exist, as 'no legal death was pronounced' (p. 157). The beginning of the Cold War meant the end of the Big Three alliance and the freezing of non-recognition policies. Non-recognition also implied that the West discredited the USSR as an illegitimate empire.

The fact that the USSR did not terminate Baltic statehood but merely suspended it was best evidenced by the Baltic diplomats, who represented their states in London and Washington for the five decades of the occupation. P.'s study is focused precisely on these diplomats and civil servants, their networks and their challenging mission to advocate for the independence of their countries, countering Soviet pressure on Western governments to grant *de jure* recognition. The position of the diplomats was a difficult one because their primary function was not foreign policy making, but representation of their governments regardless of their own personal views. Evidently, their argument against *de jure* recognition was diminished by the failure of their governments to take a decisive stand against the Soviet invasion.

Regrettably, P. decides to analyse only the experience of Estonian diplomats. While it is certainly necessary to limit the scope of the study, reference to 'the Baltic question' in the book's title remains somewhat misleading, as do the references to 'Baltic diplomats' throughout the book. P. does not explain why he uses the terms 'Baltic' and 'Estonian' interchangeably, although he does not discuss Lithuanian and Latvian diplomacy. This leads to the assumption that the Estonian case is illustrative of the Baltic case as a whole. Even if that was correct—although failing to distinguish between the three states is often an oversimplification—this should have been justified more thoroughly. That being said, P.'s comprehensive and thought-provoking study is a valuable resource on this period of Baltic history, which despite persistent attempts to revise it has so far lacked historical clarity.

London

Agne Cepinskyte

Klucze i kasa. O mieniu żydowskim w Polsce pod okupacją niemiecką i we wczesnych latach powojennych 1939-1950. [Schlüssel und Kasse. Zum Umgang mit jüdischem Eigentum in Polen während der deutschen Okkupation und in den ersten Nachkriegsjahren 1939-1950.] Hrsg. von Jan Grabowski und Dariusz Libionka. Stowarzyszenie Centrum Badań nad Zagładą Żydów. Warszawa 2014. 628 S. ISBN 978-83-63444-35-8. (PLN 60,-)

Der Titel des Buches geht auf einen Satz Kazimierz Wykas zurück, den er fast prophetisch in seinem berühmten Essay *Gospodarka wyłączona*, erschienen zuerst 1957, noch vor Kriegsende formuliert hatte: „Für die Deutschen Schuld und Verbrechen, für uns Schlüssel

und Kasse.“¹ Gemeint war die Übernahme jüdischen Vermögens durch Polen nach Deportation und Ermordung der Juden durch die Deutschen. Wyka warnte damals davor, dass diese Eigentumsübernahme als Reaktion auf die deutschen Verbrechen das polnische Gewissen schwer belasten werde (vgl. S. 19 f.). Und in der Tat wurde die massenhafte Vermögensumverteilung in Polen fast bis heute tabuisiert bzw. vom „schlechtem Gewissen“ verdrängt. Eindrücklich illustriert wurde dies etwa durch die in Polen in den letzten Jahren äußerst aggressiv und heftig geführte Diskussion über die Filme *Pokłosie* (Nachlese) und *Ida*. In beiden Filmen stellt die Ermordung jüdischer Polen zwecks Übernahme von deren Eigentum durch ihre christlichen Nachbarn den Ausgangspunkt für die folgenden tragischen Geschehnisse dar. Umso verdienstvoller ist daher der hier anzuzeigende Sammelband, der sich dem Thema Eigentumsentzug, Umverteilung und Restitutionsbemühungen von jüdischem Vermögen in Polen zwischen 1939 und 1950 in zwölf Beiträgen quellengestützt nähert.

In der Einleitung verweisen die Hrsg. zunächst auf die europäische Dimension des Themas und gehen dann auf Situation und Forschungsstand in Polen ein. Ihr ernüchterndes Fazit lautet: „Die Forschungen polnischer Historiker zum Problem des Raubes jüdischen Vermögens [...] lassen sich schwerlich als imponierend bezeichnen. Zwar war die Problematik der Arisierung von Vermögen immer in der Forschungsliteratur präsent, jedoch wurde sie von Beginn an deutlich weniger intensiv beforscht als ähnliche Bestrebungen gegenüber ethnischen Polen“ (S. 16). Daran habe sich im übrigen auch nach 1989 nur wenig verändert, erst in jüngster Zeit seien in der Forschung Ansätze erkennbar, dieses Desiderat überhaupt zu benennen und entsprechende Forschungen voranzutreiben, denn „ökonomisch-gesellschaftliche Fragen müssen als einer der am schwächsten untersuchten Aspekte der Vernichtung der polnischen Juden angesehen werden“ (S. 24). Die Autoren des Bandes bemühen sich daher um Fragen wie: „Haben Polen sich am Holocaust bereichert und wenn ja, wie viele von ihnen und waren dies, wie bisher behauptet, degenerierte Elemente, die sich an den Krümeln vom deutschen Tisch gemästet haben, oder muss man von einem umfassenderen Phänomen sprechen? Von einer Mittäterschaft, die einerseits spürbare gesellschaftliche Resonanz haben und andererseits wesentlich zur Tragödie der polnischen Juden beitragen konnte? Wurde die Beraubung der Juden als Form der Mittäterschaft mit den Besatzern angesehen oder als eigentümliche Form des ‚Schutzes der nationalen Substanz‘?“ (S. 25) Diese Fragestellungen werden hier so ausführlich zitiert, um die politische Brisanz des Bandes deutlich zu machen, dessen zeitlicher Rahmen eben nicht mit der Niederlage der Deutschen endet, sondern sinnvollerweise bis 1950 reicht, mithin also die erste Zeit der Volksrepublik umfasst, in der die neuen Machthaber vor der äußerst schwierigen Aufgabe standen, die Eigentumsverhältnisse nach dem Holocaust (und der Vertreibung der Deutschen) neu zu ordnen. Die in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen wirken zum Teil bis heute nach, sind also keineswegs nur von theoretisch-historischem Interesse.

Womit beschäftigen sich die Beiträge nun im Einzelnen? Nach dem Überblick über die Forschungslage in der Einleitung folgt als „Eröffnungsbeitrag“ vom einzigen deutschen Autor des Bandes, Ingo L o o s e, eine Betrachtung zu „Rechtlich-ökonomischen Aspekten der deutschen Okkupationspolitik und der Rolle der Banken sowie anderer deutscher Firmen im Generalgouvernement 1939-1945“. Loose weist hier zurecht auf die äußerst schwierige Quellenlage hin, hatten doch etwa Banken und Firmen mehr als ausreichend Zeit, ihre Archive entsprechend zu säubern. Statistische Aussagen ließen sich daher nur mit größter Vorsicht treffen, zumal es einen breitgefächerten Graubereich illegaler und

¹ KAZIMIERZ WYKA: *Gospodarka wyłączona* [Die ausgeschaltete Wirtschaft], in: DERS.: *Zycie na niby*, Warszawa 1984, S. 138-175, hier S. 157: „Na Niemców wina i zbrodnia, dla nas klucze i kasa“.

halblegaler Geschäfte und „Transfers“ gegeben habe. Dies lässt sich, *nota bene*, natürlich auch für die Restitutionsversuche nach 1945 sagen. Nach dem Beitrag von Jan Grabowski, der sich mit der bisher völlig unerforschten Tätigkeit der Treuhandverwaltung hinsichtlich jüdischer Immobilien im Generalgouvernement (GG) befasst, folgen mit den Beiträgen von Andrzej Żbikowski und Dariusz Libionka zwei Aufsätze, die sich sowohl mit der deutschen Pressepropaganda im GG zum Thema ökonomische Ausbeutung und Raub jüdischen Eigentums beschäftigen als auch – spiegelbildlich – mit der „jüdischen Frage“ und Eigentumsproblemen in der nationalistischen Untergrundpresse. Libionka stellt klar heraus, dass die nationalistische Untergrundbewegung schon sehr früh (1941) begann, von „ehemals jüdischem Eigentum“ (*pożydowskie mienie*) zu sprechen, das nach dem polnischen Sieg zur Stärkung nationaler Belange und dem Aufbau einer neuen Mittelschicht einzusetzen sei, auf keinen Fall aber zurückerstattet werden sollte.

Im folgenden Beitrag befasst sich Dagmara Swałtek-Niewińska mit der Tätigkeit des Möbelbeschaffungsamtes in Krakau und leitet damit bereits auf die Mikroebene über, die auch die Zeit nach 1945 mit einbezieht. Karolina Panz (bezüglich der Familie Singer aus Nowy Targ) und Małgorzata Melchior (bezüglich der Familie Wolanowski aus Warschau) beschreiben anschließend die Geschichten zweier Familie und deren Eigentums bis in die Nachkriegszeit bzw. bis heute. Beide Beiträge tragen als Mikrogeschichten zwischen synthetischen Beiträgen sehr gelungen zur Personalisierung der beschriebenen Ereignisse und deren Langzeitwirkung bei. Dem Problem der verbreiteten sog. „Aufbewahrung“ von jüdischem Eigentum durch Polen widmet sich Barbara Engelking.

Mit Nawojka Cieślińska-Lobkowicz's Überblicksbeitrag zur Restituierungspolitik im Nachkriegseuropa 1945-1955 wird schließlich der Themenblock zur Rückgabe „arisierten“ Eigentums eingeleitet. Ihm folgen abschließend die Beiträge von Alina Skibińska zur Problematik der Rückübertragung jüdischer Immobilien zwischen 1944 und 1950 am Beispiel von Szczebrzeszyn und Łukasz Krzyżanowski zur gerichtlichen Restituierung jüdischen Privateigentums zwischen 1945 und 1948 in Radom und Kalisz.

Die versammelten Beiträge geben einen sehr guten Einblick in die schwierige Thematik, werten größtenteils unerforschte Quellenbestände wie Gerichtsakten, Opferaussagen oder Dokumente untergeordneter Behörden aus und schlagen einen Bogen von den Vorgaben deutscher juristisch-ökonomischer Besatzungspolitik über deren Umsetzung und den polnischen Reaktionen darauf hin zu den Versuchen der Restitution jüdischen Eigentums nach dem Krieg. Dem Band gelingt es somit, die vom deutschen Besatzungsregime durchgeführte Enteignung der jüdischen Bevölkerung Polens und deren anschließende Ermordung als Ereignis zu beschreiben, in dem der polnisch-christlichen Bevölkerung keineswegs nur die Rolle des Zuschauers zukam und deren Auswirkungen bis heute zu spüren sind. Auch lässt sich, so die Quintessenz, für die unmittelbare Nachkriegszeit nicht pauschal auf kommunistische Nationalisierungspolitik und das allgemeine Chaos verweisen. Vielmehr gab es durchaus gesetzgeberische Versuche, der chaotischen Situation institutionell Herr zu werden. Für die weitere Forschung wäre hier die Zusammenarbeit mit Juristen sicher fruchtbar, ist es doch für Historiker nicht gerade leicht, Gesetze und Verordnungen fachgerecht zu interpretieren.

Berlin

Matthias Barelkowski

Hannah Maischein: Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung. (Schnittstellen, Bd. 2.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2015. 636 S., Ill. ISBN 978-3-525-30074-9. (€ 89,99.)

Die Vf. Hannah Maischein hat sich zum Ziel gesetzt, den visuellen Diskurs um die polnische Zeugenschaft der Vernichtung der europäischen Juden vom Kriegsende bis in die Gegenwart zu untersuchen. Hierbei fragt sie u. a. nach den Darstellungen und den damit einhergehenden (Selbst-)Positionierungen im Verhältnis zwischen polnischen Staatsbürgern jüdischer und nicht-jüdischer Herkunft, das sich in der zweiten Hälfte des 20. Jh.